

Umweltschutz durch kommunales Satzungsrecht

Bauleitplanung – Abfall – Abwasser – Abgaben – Baumschutz

Herausgegeben von

Prof. Dr. Gertrude Lübbe-Wolff

und

Dr. Bernhard W. Wegener

Mit Beiträgen von

Prof. Dr. Thomas Bunge

Dr. Nicole Pippke

Katja Gnittke

Prof. Dr. Gertrude Lübbe-Wolff

Dr. Bernhard W. Wegener

Karl Heinz Führen

Caroline von Bechtolsheim

Prof. Dr. Monika Böhm

3., überarbeitete und erweiterte Auflage

ERICH SCHMIDT VERLAG

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Lübbe-Wolff, Gertrude:

Umweltschutz durch kommunales Satzungsrecht: Bauleitplanung – Abfall –
Abwasser – Abgaben – Baumschutz / Gertrude Lübbe-Wolff und
Bernhard W. Wegener. – 3., überarb. und erw. Aufl. – Berlin :
Erich Schmidt, 2002

Früher u. d. T.: Umweltschutz durch kommunales Satzungsrecht
ISBN 3-503-06603-9

1. Auflage 1993
2. Auflage 1997
3. Auflage 2002

ISBN 3 503 06603 9

Alle Rechte vorbehalten

© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co., Berlin 2002

Dieses Buch ist auf säurefreiem Paper gedruckt
und entspricht den Frankfurter Forderungen zur Verwendung
alterungsbeständiger Papiere für die Buchherstellung.

Satz: multitext, Berlin

Druck: Bitter, Recklinghausen

Geleitwort

„Wirksamer Umweltschutz bedarf enger Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Gemeinden“ lautete bereits eine der zehn Thesen des Umweltprogrammes der Bundesregierung von 1971.

Bei der näheren Ausformulierung von Umweltpolitik und Umweltrecht ist die besondere Rolle der Kommunen, die Betroffene wie auch Gestalter von Umweltschutz sind, jedoch nicht immer angemessen zum Ausdruck gekommen. Die Kommunen erfüllen bei dem Vollzug der Umweltgesetze von Bund und Ländern, vor allem aber im Rahmen ihrer grundgesetzlich gewährleisteten Selbstverwaltung, wichtige Aufgaben im Umweltschutz; sie gestalten, wie auch die Agenda 21 der Konferenz der Vereinten Nationen in Rio de Janeiro 1992 feststellte, mit ihren Entscheidungen die örtliche Lebenswelt des Menschen und verändern seine soziale wie natürliche Umwelt. Umso bedeutsamer ist die Entwicklung eines der Umweltvorsorge verpflichteten kommunalen Umweltrechts.

Die in dem vorliegenden Band zusammengefassten Abhandlungen zu den Bereichen Bauleitplanung, Abfall, Abwasser, Baumschutz und Abgaben fördern diese Entwicklung. Sie beschreiben die rechtlichen Möglichkeiten und Spielräume, die das Instrument der Satzung zur Verwirklichung kommunaler Umweltpflege bietet, berücksichtigen die besondere Lage der Kommunen in den neuen Bundesländern und vermitteln dadurch die notwendigen Kenntnisse zur praktischen Verbesserung des Umweltschutzes auf der örtlichen Ebene der Kommunen in ganz Deutschland. Bei der zunehmenden Tendenz zur Privatisierung öffentlich-rechtlicher Aufgaben ist auch die Abgrenzung von hoheitlichen und privatwirtschaftlichen Tätigkeiten der Gemeinden und Landkreise von Bedeutung, wofür es besonders im Abfallrecht einige aktuelle Beispiele gibt.

Berlin, Februar 2002

Prof. Dr. Heinrich von Lersner
Präsident des Umweltbundesamtes a.D.

Vorwort

Die Kommunen haben, wie in vielen Bereichen, so auch im Umweltschutz mit Problemen zu kämpfen, die sie überwiegend nicht selbst erzeugt haben. Als Planungsträger müssen sie Nutzungskonflikte bewältigen, die sich mit zunehmenden Verkehrsströmen, zunehmender Belastung der verschiedenen Umweltmedien und zunehmender Bevölkerungsdichte tendenziell immer weiter verschärfen, und als entsorgungspflichtige Körperschaften tragen sie Verantwortung für die Bewältigung unliebsamer Kehrseiten unserer Konsumgesellschaft. Seit einigen Jahren verstehen sich die Kommunen aber nicht mehr nur als Betroffene einer Umweltpolitik, die auf anderen Ebenen gemacht – oder auch versäumt – wird, sondern beginnen, ihre eigenen umweltpolitischen Handlungsspielräume systematisch zu nutzen.

Mit dem relativ jungen Alter des kommunalen Umweltschutzes als eigenständig wahrgenommenes, zusammenhängendes Aufgabenfeld hängt es zusammen, dass die kommunale Arbeit auf diesem Gebiet teilweise durch erhebliche technisch-praktische, noch mehr aber durch rechtliche Unsicherheiten belastet ist. Das gilt ganz besonders dort, wo die Gemeinden nicht nur ihr unmittelbar eigenes Umweltnutzungsverhalten z.B. im Beschaffungswesen, in der Energieversorgung kommunaler Gebäude oder im Gebrauch von Dienstfahrzeugen zu verbessern suchen, sondern auch mit Wirkung für ihre Bürger regelnd tätig werden, also auf dem Gebiet des kommunalen Satzungsrechts.

Versuche, das umweltrelevante kommunale Satzungsrecht zu einem effektiven kommunalen Umweltrecht zu entwickeln, sind in einen dichten, aber keineswegs schon durchweg fixierten und deutlich sichtbaren rechtlichen Rahmen eingebunden. Nicht nur die verfassungsrechtlichen und einfachgesetzlichen Rechte der Bürger müssen gewahrt, sondern auch die in der Verfassung angelegten und einfachgesetzlich ausgeformten Grenzen der kommunalen Regelungskompetenz im Verhältnis zu den Regelungskompetenzen des Bundes und der Länder müssen beachtet werden. Auf diesem unübersichtlichen Gebiet stoßen die Bemühungen engagierter Umweltämter und -dezernate daher besonders häufig auf eine teilweise traditionsgeprägte und rollenspezifische, teilweise aber auch durch schlichten Mangel an Zeit für die erforderliche umfangreichere Klärungsarbeit bedingte Reserve der Rechtsämter und Aufsichts-

behörden gegenüber gerichtlich noch nicht abgeseigneten Neuerungen. Betroffenen Bürgern und ihren Anwälten, kontrollierenden Gerichten und auch Juristen, die die Materie wissenschaftlich bearbeiten, fällt die Beurteilung satzungsrechtlicher Regelungen oder Regelungsentwürfe, mit denen die Kommunen ökologische Steuerungszwecke verfolgen, oft auch deshalb schwer, weil die dahinterstehenden technischen und vollzugspraktischen Gegebenheiten oft nicht hinreichend bekannt sind. Die Vermittlung dieser technischen und vollzugspraktischen Gegebenheiten wird oft dadurch erschwert, dass technisch-wissenschaftliche Spezialisten auf der einen und Juristen auf der anderen Seite sich der Materie unter ganz verschiedenen Relevanzgesichtspunkten nähern.

Das vorliegende Buch möchte in dieser Situation allen Beteiligten eine Orientierungshilfe und Wege zur wechselseitigen Verständigung bieten. In erster Linie soll es den Kommunen als Ratgeber für eine umweltfreundliche, praxisgerechte und rechtlich einwandfreie Gestaltung ihrer wichtigsten umweltrelevanten Satzungen dienen. Daneben soll es aber gleichermaßen auch für Justiz- und Universitätsjuristen, Anwälte, Unternehmen, Umweltverbände und andere Interessenten, die sich Klarheit über die Reichweite und Grenzen kommunaler Regelungsmöglichkeiten im Umweltschutz verschaffen möchten, nutzbar sein.

Die einzelnen Beiträge konzentrieren sich dementsprechend auf die umweltrelevanten Aspekte der jeweiligen Satzung. Sie stellen, möglichst unter Einbeziehung vorhandener Mustersatzungen, erprobte und/oder in der Praxis diskutierte Regelungsmöglichkeiten dar und erläutern und bewerten sie, soweit erforderlich, unter ökologischen, vollzugspraktischen und rechtlichen Gesichtspunkten.

Für den Bereich der überwiegend satzungsförmigen kommunalen Bauleitplanung (Kap. 1), würde eine sowohl in planerisch-technischer wie in rechtlicher Hinsicht auch nur annähernd vollständige Anleitung für eine ökologische Planungspraxis allerdings Regalmeter füllen. In diesem Punkt muss die Darstellung sich daher teilweise auf die wesentlichen, schwerpunktmäßig rechtlichen Grundzüge beschränken. Das Kapitel über die Bauleitplanung ist aber für die vorliegende dritte Auflage nochmals erheblich erweitert worden und enthält zu den außerrechtlichen Fragen einer umweltfreundlichen Planungspraxis, die aus Raumgründen nicht in allem Detail behandelt werden konnten, jeweils ausführliche Hinweise auf weiterführende Anleitungen und sonstige Literatur.

Mit den Beiträgen zur Abfallsatzung (Kap. 2), zur Abwassersatzung (Kap. 3), zur Baumschutzsatzung bzw. -verordnung (Kap. 4) und zu den Abfall- und Abwasserabgaben (Kap. 5 Abschn. 1 und 2) konnte, da es sich hier um Sachberei-

che von weniger uferloser sachlicher und rechtlicher Komplexität handelt, eher der Versuch gemacht werden, einen für praktische Zwecke einigermaßen vollständigen Überblick über die Umweltaspekte der jeweiligen Satzung einschließlich der damit zusammenhängenden Rechtsfragen zu geben.

Im Zusammenhang mit der Frage, ob und inwieweit die Kommunen berechtigt sind, eigene kommunale Umweltsteuern zu erheben, ist auch nach der stark umstrittenen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Unvereinbarkeit kommunaler Verpackungssteuern mit dem Kooperationsprinzip des Abfallrechts des Bundes rechtlich noch vieles ungeklärt. In dem dieser Frage gewidmeten Beitrag (Kap. 5 Abschn. 3) stehen daher naturgemäß nicht Hinweise zur Ausgestaltung im Detail, sondern die Erörterung der rechtlichen Grundfragen im Vordergrund. Eine grundsätzliche rechtliche Kontroverse greift schließlich in aller Kürze auch das letzte Kapitel des Bandes auf. In dem Beitrag mit dem Titel „Autonomes kommunales Satzungsrecht“ (Kap. 6) geht es um die generell umstrittene und besonders für die Reichweite der kommunalen Regelungskompetenzen im Umweltschutz bedeutsame Frage, ob die Kommunen satzungsrechtliche Regelungen, die Rechte der Bürger berühren, nur aufgrund spezieller gesetzlicher Ermächtigungen treffen dürfen, oder ob sie zu solchen Regelungen auch allein aufgrund der ihnen verfassungsrechtlich zugewiesenen Satzungsautonomie berechtigt sind.

Alle Beiträge sind für die Neuauflage aktualisiert worden. Zwischenzeitliche Änderungen der Rechts- und Sachlage, Rechtsprechungsänderungen und Erkenntnisfortschritte in der Literatur haben dabei in Teilen zu erheblichen Änderungen geführt. Für die Neufassung der Beiträge zu den Abfallsatzungen und den Abfallgebühren ist der Kreis der Autoren um zwei ausgewiesene Praktikerrinnen ergänzt worden. Annette Steenken und Andreas Wiebe sind aus beruflichen Gründen ausgeschieden. Ihnen sei auch an dieser Stelle für ihre Mitarbeit an den Voraufgaben herzlich gedankt.

Wer in diesem Buch nicht zusammenhängend lesen, sondern es zum Nachschlagen nutzen möchte, sollte den Weg zu den gesuchten Informationen entweder über das Inhaltsverzeichnis am Anfang oder über das für die Neuauflage nochmals detaillierter gestaltete Stichwortverzeichnis am Ende des Bandes finden können. Die Verfasser/innen, unter den auf der letzten Seite dieses Bandes aufgeführten Adressen erreichbar, freuen sich über jeden ergänzenden oder kritischen Hinweis, der dazu dienen kann, die praktische Nutzbarkeit dieses Buches weiter zu verbessern.

Wie schon die Voraufgaben, so verdankt auch die dritte Auflage ihr Zustandekommen nicht nur den Autoren und dem Verlag: Die Textbearbeitung erledigte

Vorwort

mit liebenswürdiger Umsicht und Kompetenz Frau Birgit Bent. Volker Siebert hat durch Materialrecherchen und editorische Arbeiten mitgewirkt. Ihnen beiden danken wir herzlich.

Bielefeld, Februar 2002

G. Lübbe-Wolff und B. W. Wegener

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randziffer
Geleitwort	5	
(Heinrich Frh. v. Lersner, Präsident des Umweltbundesamt a.D.)		
Vorwort	7	
(Gertrude Lübke-Wolff/Bernhard W. Wegener)		
Abkürzungsverzeichnis	21	
Kapitel 1: Bauleitplanung	29	1–296
Thomas Bunge, Berlin		
1. Einleitung	30	1– 6
2. Grundlagen	33	7– 72
2.1 Bauleitplanung	33	7– 12
2.2 Die planerische Gestaltungsfreiheit und ihre Grenzen	35	13– 47
2.2.1 Planrechtfertigung	35	15– 24
2.2.2 Planungsleitsätze	39	25– 31
2.2.3 Abwägung der Belange	41	32– 47
2.3 Umweltschutzbelange in der Abwägung	47	48– 49
2.4 Umweltverträglichkeitsprüfung	47	50– 70
2.4.1 Umweltverträglichkeitsprüfung von Bebauungs- plänen nach dem UVP-Gesetz	48	51– 62
2.4.2 Umweltverträglichkeitsprüfung von Bauleitplänen aufgrund kommunaler Vorschriften	54	63– 67
2.4.3 Umweltprüfung aufgrund der EG-Richtlinie 42/2001/EG	56	68– 70
2.5 Verwaltungsvorschriften	57	71
2.6 Literatur	61	72
3. Immissions- und Klimaschutz, Energieeinsparung	62	73–138
3.1 Allgemeines	62	73– 94
3.1.1 Begriffliche Grundlagen	63	76– 77
3.1.2 Vorgaben für die Abwägung	63	78– 94

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randziffer
3.2	Regelungsmöglichkeiten in der Bauleitplanung	72 95–138
3.2.1	Darstellungen im Flächennutzungsplan.	74 101–102
3.2.2	Festsetzungen im Bebauungsplan zum Immissions- und Klimaschutz	74 103–129
3.2.3	Festsetzungen im Bebauungsplan zur Energie- einsparung	85 130–138
4.	Bodenschutz.	89 139–178
4.1	Allgemeines	89 139
4.2	Vorgaben für die Abwägung	90 140–151
4.2.1	§ 1 Abs. 5 S. 1 und 2 BauGB.	90 140–145
4.2.2	Weitere Vorgaben	92 146–151
4.3	Regelungsmöglichkeiten in der Bauleitplanung	94 152–162
4.3.1	Darstellungen im Flächennutzungsplan.	94 152
4.3.2	Festsetzungen im Bebauungsplan	94 153–162
4.4	Altlasten.	98 163–178
4.4.1	Allgemeines	98 163–164
4.4.2	Pflicht zur Untersuchung von Flächen.	99 165–171
4.4.3	Darstellungs- und Festsetzungsmöglichkeiten.	102 172
4.4.4	Kennzeichnungspflichten.	103 173–178
5.	Gewässerschutz	105 179–188
5.1	Allgemeines	105 179–180
5.2	Vorgaben für die Abwägung	106 181–183
5.3	Darstellungsmöglichkeiten im Flächennutzungsplan	107 184–185
5.4	Festsetzungsmöglichkeiten im Bebauungsplan	107 186–188
5.4.1	Festsetzungen nach § 9 Abs. 1 Nr. 16 BauGB.	107 186
5.4.2	Festsetzungen nach § 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB.	108 187
5.4.3	Festsetzungsmöglichkeiten aufgrund Landesrechts. .	108 188
6.	Naturschutz und Landschaftspflege.	108 189–267
6.1	Allgemeines	108 189
6.2	Vorgaben für die Abwägung	109 190–193
6.3	Örtliche Landschaftsplanung und Bauleitplanung. . .	110 194–203
6.4	Darstellungsmöglichkeiten im Flächennutzungsplan	119 204–213
6.4.1	Darstellungen nach § 5 Abs. 2 BauGB	119 205–210
6.4.2	Übernahme von Darstellungen des Landschaftsplans	121 211–213
6.5	Festsetzungsmöglichkeiten im Bebauungsplan	121 214–228
6.5.1	Festsetzungen aufgrund des § 9 Abs. 1 BauGB.	122 215–225
6.5.2	Übernahme von Darstellungen des Landschafts- oder Grünordnungsplans	125 226–228
6.6	Die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung	127 229–255

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randziffer
6.6.1	Anwendungsbereich der Eingriffsregelung des Baugesetzbuchs	127 230
6.6.2	Grundlagen	128 221–238
6.6.3	Vermeidungs-, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen .	131 239–246
6.6.4	Abwägung	135 247–250
6.6.5	Bereitstellung der Flächen	136 251–252
6.6.6	Zur Durchführung und Finanzierung der Maßnahmen	137 253–255
6.7	Verträglichkeitsprüfung nach der Fauna-Flora- Habitat-Richtlinie	140 256–267
6.7.1	Grundlagen	140 256–257
6.7.2	Die Verträglichkeitsprüfung	140 258–259
6.7.3	Konsequenzen bei möglicher erheblicher Beeinträchtigung von Schutzgebieten	141 260–264
6.7.4	„Potenzielle“ FFH-Gebiete und „faktische“ Vogelschutzgebiete	144 265–266
6.8	Durchführung der Umweltverträglichkeitsprüfung, der Eingriffsregelung und der Verträglichkeits- prüfung nach den §§ 19c und 19d BNatSchG	145 267
7.	Abfallentsorgung	145 268–279
7.1	Flächen für die Abfallentsorgung	145 268–277
7.1.1	Allgemeines	145 268–270
7.1.2	Vorgaben für die Abwägung	146 271–275
7.1.3	Darstellungsmöglichkeiten im Flächennutzungsplan	147 276
7.1.4	Festsetzungsmöglichkeiten im Bebauungsplan	147 277
7.2	Abfallwirtschaftliche Maßnahmen	148 278–279
8.	Abwasserbeseitigung	148 280–289
8.1	Allgemeines	148 280
8.2	Vorgaben für die Abwägung	149 281–282
8.3	Darstellungsmöglichkeiten im Flächennutzungsplan	149 283–284
8.4	Festsetzungsmöglichkeiten im Bebauungsplan	150 285–289
8.4.1	§ 9 Abs. 1 Nr. 14 BauGB	150 285–288
8.4.2	Festsetzungen aufgrund Landesrechts	151 289
9.	Resümee: Bauleitplanung und kommunale Umweltpolitik	151 290–296
	Literaturverzeichnis	154

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randziffer
Kapitel 2: Abfallsatzung	165	297–365
Nicole Pippke / Katja Gnitke		
1. Einleitung	166	297–298
2. Rechtliche Rahmenbedingungen	167	299–313
2.1 Allgemeines	167	299
2.2 Bundesrecht	167	300–309
2.2.1 Abfallbegriff, Abfall zur Verwertung und Abfall zur Beseitigung	168	300–302
2.2.2 Entsorgungspflichtige	170	303
2.2.3 Übertragung der Entsorgungspflicht	171	304–306
2.2.4 Rechtsverordnungen	173	307–308
2.2.5 Verwaltungsvorschriften	175	309
2.3 Landesrecht	175	310–312
2.4 Europarecht	177	313
3. Ausschluss von Abfällen	177	314–317
3.1 Ausschluss nicht aus privaten Haushaltungen stammender Abfälle zur Beseitigung	178	315
3.2 Ausschluss rücknahmepflichtiger Abfälle	179	316–317
4. Vermeidung	181	318–329
4.1 Produktbezogene Vorschriften	181	319–322
4.2 Kommunales Beschaffungs- und Auftragswesen ...	184	323–324
4.3 Einwirkung auf Betreibungsunternehmen	186	325–326
4.4 Abfallberatung, Öffentlichkeitsarbeit	187	327
4.5 Informationsverpflichtungen	188	328–329
5. Verwertung	189	330–360
5.1 Anschluss- und Benutzungszwang	189	331–347
5.1.1 Haushaltsabfälle	190	332–339
5.1.2 Gewerbliche und industrielle Abfälle	195	340–343
5.1.3 Ausnahmen von der Überlassungspflicht	197	344–347
5.2 Regelungen der Art und Weise der Entsorgung ...	199	348–360
5.2.1 Getrennthaltung von Abfällen	199	349–352
5.2.2 Bring- und Holsysteme	203	353–360
6. Überwachung, Durchsetzung	209	361–364
6.1 Betretungsrechte	211	362–363
6.2 Auskunftspflichten	212	364
7. Ordnungswidrigkeiten	213	365
Literaturverzeichnis	213	

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randziffer
Kapitel 3: Abwassersatzung	219	366–479
Gertrude Lübbe-Wolff / Bernhard W. Wegener		
1. Regelungsgegenstände und ökologische Bedeutung der kommunalen Abwassersatzung	220	366–373
1.1 Die Abwassersatzung als Nutzungsregime für die Einrichtungen der öffentlichen Abwasserbeseitigung	220	366–369
1.2 Regelungsinhalte	221	370–373
2. Reichweite der kommunalen Regelungskompetenz .	223	374–385
2.1 Rechtsgrundlagen der Abwassersatzung	223	374–377
2.1.1 Kommunalrecht	223	374–376
2.1.2 Wasserrecht	224	377
2.2 Verhältnis zu anderen Regelwerken	225	378–385
2.2.1 Wasser- und Abfallrecht	225	378–380
2.2.2 Technische Normen	226	381–382
2.2.3 Mustersatzungen	227	383–385
3. Regelungen zur Begrenzung der Schadstoff- einleitungen	228	386–423
3.1 Regelungsziele	228	386–391
3.2 Allgemeine Einleitungsbeschränkungen und stoffbezogene Verbote	230	392–396
3.3 Grenzwerte	233	397–416
3.3.1 Entbehrlichkeit angesichts wasserrechtlicher Indirekteinleiterregelungen?	233	397–402
3.3.2 Regelungsmöglichkeiten	236	403–416
3.4 Vorbehalt wasserbehördlicher Genehmigung	241	417
3.5 Anlagentechnische Anforderungen	242	418–423
4. Sicherung der Funktionsfähigkeit der Grundstücksentwässerungsanlagen	244	424–435
4.1 Allgemeines	244	424–425
4.2 Dichtheit	244	426–435
4.2.1 Problemlage	244	426
4.2.2 Regelungsmöglichkeiten	245	427–435
5. Förderung der dezentralen Versickerung von Niederschlagswasser und der Nutzung von Niederschlagswasser als Brauchwasser	249	436–441
6. Überwachungs- und Durchsetzungsinstrumente	252	442–479
6.1 Allgemeines	252	442–443

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randziffer
6.2	Betretungs-, Besichtigungs- und Probenahmereghe	253 444–450
6.2.1	Eingriff in das Grundrecht aus Art. 13 GG?	253 445–447
6.2.2	Kontrollen auerhalb der ublichen Betriebszeiten.	256 448–449
6.2.3	Unangemeldete Kontrollen	257 450
6.3	Auskunfts- und Meldepflichten	257 451–453
6.4	Eigenkontrollpflichten	258 454–458
6.5	Wartungs- und Entsorgungsvertrage	259 459–461
6.6	Abwasserkataster	260 462–463
6.7	Genehmigungs- und Abnahmeerfordernisse	261 464–467
6.8	Einleitungsuntersagung und andere Einzelanordnungen	262 468–470
6.9	Buogeldbewehrung, Haftung	264 471–476
6.10	Uberwachungskostenregelung	265 477–479
	Literaturverzeichnis	266
 Kapitel 4: Baumschutzsatzung und -verordnung		 480–527
Karl-Heinz Fuhren		
1.	Einleitung	274 480
2.	Rechtsgrundlagen	274 481–485
2.1	§ 18 Bundesnaturschutzgesetz	274 481–483
2.2	Landesrechtliche Regelungen	275 484–485
3.	Empirisches	280 486
4.	Regelungsinhalte einer Baumschutzsatzung	280 487–518
4.1	Schutzzweck	280 488–489
4.2	Raumlicher Geltungsbereich	282 490–495
4.2.1	Bestimmtheit	282 491–492
4.2.2	Einschrankung des Geltungsbereichs	283 493–495
4.3	Sachlicher Geltungsbereich	284 496–499
4.4	Verbotene Maognahmen	286 500–503
4.5	Anordnung von Maognahmen	288 504–505
4.6	Ausnahmen und Befreiungen	289 506–513
4.6.1	Maognahmen der Gefahrenabwehr	289 508
4.6.2	Bauliche Nutzungen	290 509–510
4.6.3	Verfahrensfragen	291 511–513
4.7	Ersatzpflanzungen und Ausgleichszahlungen	292 514–518
5.	Haftungsfragen	295 519–521
6.	Rechtslage in den neuen Bundeslandern	296 522–523
7.	Alternativen	297 524–527
	Literaturverzeichnis	299

	Seite	Randziffer
Kapitel 5: Abgabensatzungen		
Erster Abschnitt: Abfallgebühren	301	528–626
Caroline von Bechtolsheim		
1. Steuerungswirkung von Entsorgungsgebühren	302	528–532
2. Steuerungsziele einer ökologischen Abfallwirtschaft	306	533–539
2.1 Reduzierung der Stoffdurchsätze in der Volkswirtschaft	307	534
2.2 Reduzierung der Schadstoffeinträge in die Umwelt .	307	535–536
2.3 Erfassung der überlassungspflichtigen Abfallfraktionen	308	537–538
2.4 Beteiligung der Wirtschaft an Rücknahmesystemen	309	539
3. Gebührenrechtliche Grundlagen	310	540–551
3.1 Allgemeine Grundsätze der Gebührenerhebung	310	541–547
3.1.1 Kostendeckungsprinzip	311	542–545
3.1.1.1 Reichweite	311	542
3.1.1.2 Charakter	311	543
3.1.1.3 Kostendeckungsprinzip als Kalkulationsmaxime	311	544
3.1.1.4 Folgen einer Verletzung	312	545
3.1.2 Äquivalenzprinzip	313	546
3.1.3 Gleichheitssatz des Art. 3 Abs. 1 GG	313	547
3.2 Zuständigkeitsfragen	314	548–551
4. Die Höhe des Gebührenbedarfs: Welche Kosten finden Eingang in die Gebührenkalkulation?	316	552–575
4.1 Grundsatz: Einstellung der nach betriebs- wirtschaftlichen Grundsätzen ansatzfähigen Kosten.	316	553–555
4.2 Insbesondere: Betriebskosten	318	556–565
4.2.1 Allgemeine Betriebskosten	318	556
4.2.2 Kosten der Abfallberatung	319	557–558
4.2.3 Kosten für die Entsorgung von Abfällen außerhalb der regelmäßigen Grundstücksentsorgung	319	559–560
4.2.4 Kosten für das verbotswidrige Ablagern von Abfällen	320	561
4.2.5 Kosten für die Sanierung von Altlasten	321	562–565
4.3 Kalkulatorische Kosten	324	566–570
4.4 Kalkulatorische Wagnisse	327	571–575
5. „Ökologisierung“ des Gebührenmaßstabes	330	576–618
5.1 Gebührenrechtliche Zulässigkeit von Ökologi- sierungsanreizen	330	577

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randziffer
5.2	Exkurs: Funktion Gebührenmaßstab und Gebührensatz	331 578–584
5.2.1	Gebührenmaßstab	331 579–583
5.2.1.1	Wirklichkeits- oder Wahrscheinlichkeitsmaßstab? . .	331 580–581
5.2.1.2	Notwendigkeit eines „wirklichkeitsnahen“ Wahrscheinlichkeitsmaßstabes zur Verhaltens- lenkung?	333 582–583
5.2.2	Gebührensatz	334 584
5.3	Insbesondere: Anreize zur Vermeidung von Abfällen	334 585–607
5.3.1	Verhältnis mengenabhängiger/mengenunabhängiger Gebührenanteil (z. B. Verhältnis Leistungsgebühr/ Grundgebühr)	334 588–592
5.3.2	Verursachergerechte Gebührenmaßstäbe	337 593–607
5.3.2.1	Gewichts- oder Verwiegemaßstab	338 594–599
5.3.2.2	Kombinierter Gefäßvolumen-/Personenmaßstab und Mindestvolumen	340 600–601
5.3.2.3	Behältervolumenmaßstab mit individueller Wahlmöglichkeit	341 602
5.3.2.4	Entleerungshäufigkeitsmaßstab	342 603–604
5.3.3	Progressive Gebührengestaltung als Anreiz zur Vermeidung?	343 605–607
5.4	Insbesondere: Anreize zur Verwertung von Abfällen	345 608–617
5.4.1	Förderung der Eigenverwertung durch Haushalte . . .	345 609–615
5.4.1.1	Zulässigkeit der Erhebung einer einheitlichen Gebühr?	345 610
5.4.1.2	Von der Einheitsgebühr zum Grundsatz der Teilleistungsproportionalität (u. a. OVG NW)	346 611–614
5.4.1.3	Aktuelle Rechtsprechung des BVerwG zur Teilleistungsproportionalität	348 615
5.4.2	Anreize zur Verwertung getrennt überlassener Fraktionen durch den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger (ÖRE)	349 616–617
5.5	Anreize zur umweltverträglichen Beseitigung?	350 618
6.	Gebührenmaßstäbe für Entsorgungsanlagen außerhalb der Hausmüllabfuhr	350 619–626
	Literaturverzeichnis	360

	Seite	Randziffer
Kapitel 5: Abgabensatzungen		
Zweiter Abschnitt: Abwassergebühren.	365	627–658
Gertrude Lübbe-Wolff / Bernhard W. Wegener		
1. Allgemeines.	366	627–629
2. Beitrags- oder ausschließliche Gebührenfinanzierung	367	630–631
3. Gebührenbemessung	368	632–658
3.1 Schmutzwasser	368	632–652
3.1.1 Wasserverbrauchsmaßstab	368	632–639
3.1.2 Andere Maßstäbe.	372	640
3.1.3 Grund- und Mindestgebühren, „Freigrenzen“.	372	641
3.1.4 Starkverschmutzerzuschläge	373	642–649
3.1.5 Gebühren für Abwasseruntersuchungen	379	650–652
3.2 Niederschlagswasser	380	653–658
3.2.1 Flächen- oder Wasserverbrauchsmaßstab	380	653–655
3.2.2 Absetzungsmöglichkeiten bei dezentraler Ver- sickerung oder Nutzung als Brauchwasser	382	656–657
3.2.3 Vollständige Erfassung des abgeführten Nieder- schlagswassers.	384	658
Literaturverzeichnis.	385	
 Kapitel 5: Abgabensatzungen		
Dritter Abschnitt: Kommunale Umweltsteuern.	389	659–703
Monika Böhm		
1. Einleitung	390	659
2. Kommunale Verpackungssteuern	390	660–665
2.1 Die Satzung der Stadt Kassel	390	660
2.2 Der Rechtsstreit um die Kasseler Satzung	391	661–665
2.2.1 VGH und BVerwG	391	661
2.2.2 BVerfG	392	662–665
3. Kommunale Kompetenzen im Steuerrecht	394	666–699
3.1 Die Aussagen des Grundgesetzes	395	667–671
3.2 Die Regelungen in den Kommunalabgabengesetzen der Länder	397	672–678
3.3 Der Örtlichkeitsbegriff	399	679–684
3.4 Gleichartigkeitsverbot	401	685–687
3.5 Gleichheitsgebot	403	688
3.6 Verfolgung von Lenkungszwecken.	403	689–690
3.7 Verhältnis von Steuererhebungs- und Sachkompetenz	404	691–694

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randziffer
3.8	Aufsichtsbehördliche Genehmigung	407 695–696
3.9	Rechtsschutz	408 697–699
4.	Sonstige kommunale Umweltabgaben.	408 700–701
5.	Zusammenfassung	409 702–703
Literaturverzeichnis 410		
Kapitel 6: Autonomes kommunales Satzungsrecht	413	704–725
Monika Böhm		
1.	Problemstellung	414 704–709
2.	Der Wortlaut des Art. 28 Abs. 2 S. 1 GG	416 710–712
3.	Die Stellung der Gemeinden im Staatsgefüge	417 713–714
4.	Selbstverwaltung als Teil der Verwaltung.	417 715–718
5.	„Richtigkeit“ der Regelung	419 719–720
6.	Die Entscheidung des Bayerischen Verwaltungs- gerichtshofs vom 22. 1. 1992	421 721–723
7.	Zusammenfassung	422 724–725
Literaturverzeichnis 423		
Stichwortverzeichnis		425
Autorenverzeichnis		433